

Antrag 2024/II/Wahl/2

AG60plus

Senior*innen betreffende Inhalte ins Regierungsprogramm 2025 – 2030

- 1 Der SPD Landesparteitag möge beschließen,
- 2 Hamburger SPD-Politiker*innen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass
 - 3 1. auf früheren Landesparteitagen beschlossene und weitere für Senior*innen wichtige Maß-
 - 4 nahmen deutlich erkennbar in das Hamburger Regierungsprogramm für 2025 – 2030 aufge-
 - 5 nommen werden, insbesondere
 - 6 o die Einführung eines 29 Euro-Deutschlandtickets und günstiger Tagestickets für Senior*innen
 - 7 ab dem vollendeten 65. Lebensjahr,
 - 8 o die Einführung von Senior*innenstationen, die Beratungsangebote für Senior*innen unter
 - 9 einem Dach bündeln und dezentrale Beratungs- sowie Versorgungsangebote machen,
 - 10 o die Einführung eines Landespflegegeldes, das Pflegebedürftigen, die einzig auf ihr Taschen-
 - 11 geld als Verfügungsgeld zurückgreifen können, eine angemessene Teilhabe am gesellschaft-
 - 12 lichen Leben ermöglicht und notwendige Ausgaben u.a. zur Körperpflege und Zuzahlung für
 - 13 Medikamente sicherstellt,
 - 14 o die Verstetigung und nachhaltigere Gestaltung des Hamburger Hausbesuchs,
 - 15 o die Einführung regelmäßiger, mindestens monatlicher eintrittsfreier Tage in Hamburger Mu-
 - 16 seen,
 - 17 o die Erstellung eines Strategiekonzepts für kontinuierliche Instandsetzung Hamburger Fuß-
 - 18 wege und Straßen mit einer zeitlichen Betrachtung, inhaltlich einer Teil- und Vollrenovierung
 - 19 mit ausreichend breiten Gehwegen, einer Reihenfolge und Prioritätensetzung,
 - 20 2. Senior*innenangelegenheiten in der künftigen Landesregierung gebündelt bei einem sozi-
 - 21 aldemokratisch geführten Ressort angesiedelt werden und die Zuständigkeit für Senior*innen
 - 22 in der Behördenbezeichnung zum Ausdruck gebracht wird.

23 **Begründung**

24 Die Senior*innen von heute sind die Menschen, die in der Vergangenheit Wirtschaft, Verwal-
25 tung und Sozialsysteme in unserem Land aufgebaut sowie mit ihrer Arbeit und ihren finanzi-
26 ellen Beiträgen getragen haben. Deshalb ist es nur gerecht, die Belange und Bedarfe auch Der
27 Hamburger Hausbesuch als betagter Menschen angemessen zu berücksichtigen. Senior*innen
28 sind zwar eine heterogene Gruppe, allerdings ist älteren Menschen gemein, dass bestimmte
29 Risiken erhöht sind, so insbesondere für Beratungs-, Hilfs- oder sogar Pflegebedarf, Mobilitäts-
30 einschränkungen und Einsamkeit sowie Armut im Alter. SPD-Landesparteitage haben bereits
31 zu einigen für Senior*innen wichtigen Bereichen teils einstimmige Beschlüsse gefasst. Mit dem
32 vorliegenden Antrag wollen wir daran erinnern, die diesen Beschlüssen zu Grunde liegenden

33 Ziele in unser Regierungsprogramm aufzunehmen und in der nächsten Wahlperiode umzuset-
34 zen. Der Hamburger Hausbesuch als von der SPD eingeführtes Instrument flächendeckender
35 auf-suchender Beratung ist zu verstetigen und nach Maßgabe vorliegender oder noch zu ge-
36 winnender Evaluationsergebnisse nachhaltiger auszugestalten. Die Gehwege und Straßen un-
37 serer Stadt befinden sich teilweise in einem bedenklichen Zu-stand, der die Sicherheit des Ver-
38 kehrs und der Menschen in überdurchschnittlichem Maß beeinträchtigt und sogar gefährdet.
39 Dem ist nicht nur aktuell, sondern vorausschauend Sorge zu tragen. Zudem wollen wir, dass
40 die Sichtbarkeit von Senior*innen bei einheitlicher Zuständigkeit in einer sozialdemokratisch
41 geführten Behörde erhöht wird.